

Zusammenarbeit. Die Delegationen erörterten des weiteren wichtige Probleme der gegenwärtigen internationalen Lage und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die Beratungen bestätigten die völlige Übereinstimmung der Parteien und Regierungen beider Länder.

## I

Die Partei- und Regierungsdelegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik stellen fest, daß in der gegenwärtigen Epoche das sozialistische Weltsystem und die gegen Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfenden Kräfte die Hauptrichtung der historischen Entwicklung bestimmen.

In den vergangenen Jahren haben die Länder des sozialistischen Weltsystems - besonders seine Hauptkraft, die Sowjetunion - auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens weitere bedeutende Ergebnisse erzielt. Die wirtschaftliche, politische und Verteidigungsmacht der sozialistischen Staaten ist stärker geworden.

Gleichzeitig führt die Vertiefung der allgemeinen Krise zur Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus. Angesichts der weiteren Zunahme der Macht des sozialistischen Weltsystems, des Zerfalls des schändlichen Kolonialsystems, der Verstärkung des Kampfes der Werktätigen der kapitalistischen Länder gegen die Monopole verstärken die Kräfte des Imperialismus - vor allem die führenden Kreise der USA und der westdeutschen Bundesrepublik - ihre Aggressivität und versuchen, den gesetzmäßigen Gang der historischen Entwicklung aufzuhalten. Die internationale Lage wurde dadurch verschärft.

Der USA-Imperialismus hat die skrupellose Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zur Staatsdoktrin erhoben. Die brutale Äußerung dieser Politik ist der von der westdeutschen Regierung aktiv unterstützte Krieg des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik, ihre Parteien, Regierungen und Völker verurteilen auf das schärfste diese barbarische Aggression, die eine große Gefahr für den Frieden in der Welt darstellt. Beide Staaten unterstützen die gerechten Forderungen und Vorschläge der Demokratischen Republik Vietnam sowie der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams.